

Herzliche Grüße und  
Wünsche zum 8. März, dem  
**Internationalen  
Frauentag**



Ausschnitt aus einem Plakat  
zum Frauentag 1914

## Frauentag?

Der ist doch überflüssig. Schließlich sind Frauen bei uns gleichberechtigt. Alles andere – ein Hirngespinnst uneinsichtiger Männerhasserinnen!

Sicher, Frauen dürfen inzwischen wählen, Hosen tragen und neben Kindererziehung und Haushalt auch in der „Männerwelt“ arbeiten. Ja, wir dürfen sogar Bagger fahren und zur Armee.

Trotz dieser „vollkommenen“ Gleichberechtigung erhalten Frauen bis zu 30 Prozent weniger Lohn für gleiche Arbeit und sind mit einem Anteil von 3 Prozent in Spitzenpositionen und 7 Prozent der Professoren stark unterrepräsentiert. Frauen werden durch sexistische Werbung und Anmachen immer wieder

auf den Körper reduziert. Wer nicht ins Rollenbild der schönen, emotionalen und mütterlichen Dame passt, wird schnell als „Mannweib“ abgestempelt.

Die Anwendung von physischem und/oder psychischem Zwang gegen Frauen nimmt stetig zu. 40 Prozent aller in Deutschland lebenden Frauen wurden bereits Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt, 42 Prozent wurden Opfer psychischer Gewalt.

Wir alle dürfen die Augen nicht vor solchen Ungerechtigkeiten verschließen. Besonders am 8. März, dem Internationalen Frauentag, sollten wir uns auf die Kämpferinnen und Kämpfer (!) der Frauenbewegung besinnen und ihren Kampf in unserer heutigen Gesellschaft weiterführen, natürlich auch an den restlichen 364 Tagen des Jahres.

[solid] Lbg – jb

## Mehr als Rosen und Gedeck

Von Daniel Tietze, gleichstellungspolitischer Sprecher der Linken.PDS in der BVV Lichtenberg

Fast 100 Jahre sind vergangen und dennoch ist das Anliegen des Internationalen Frauentages aktueller denn je. Hervorgegangen aus sozialistischen und sozialdemokratischen Gruppen, ist dieser Aktionstag weiterhin Anlass zum Kampf gegen gesellschaftliche Ungleichheiten.

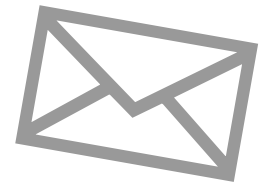
Dass viele ostdeutsche Frauen seit den 90er Jahren auf dem Arbeitsmarkt kaum noch Chancen besitzen, diejenigen mit Arbeit für die gleiche geleistete Arbeit nicht die gleiche Entlohnung wie die Männer erhalten und durch die Hartz-IV-Reformen die Rolle der Ehefrau als materiell abhängige Hausfrau verfestigt wird, sind Belege für eine immer noch vorhandene Gerechtigkeitslücke. Trotz gleicher Bildungschancen an Schulen und Universitäten liegt der Frauenanteil im Bundestag bei nur einem Drittel und besetzen Frauen noch immer nur als Ausnahme Stellen im Top-Management von Unternehmen.

Die Bundesregierung erhofft sich Chancengerechtigkeit der Geschlechter allein durch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das aber reicht nicht. Frauen brauchen gleiche Chancen und Bedingungen für Ausbildung, Beruf und soziale Absicherung. Besonders Frauen rutschen über niedrig bezahlte Arbeit und Hartz IV direkt in die Abhängigkeit und organisierte Armut. Sie bleiben der ausgebeutete Teil der Gesellschaft.

Deshalb gilt es, weiterhin für Gleichberechtigung zu streiten; und, liebe Männer: Blumen sind nett, aber...

## In dieser Ausgabe

- Verkehr in Karlshorst (Seite 3)
- Endspurt Bürgerhaushalt (Seite 3)
- Rot-rote Privatisierungswelle (Seite 6)
- Die Linke sagt Nein zu den Änderungen der „Hartz-Gesetze“ (Seite 7)
- Neu: Die Seite 8 ist die „info links“-Kulturseite



## Kampf dem Monster

Die Bolkestein-Richtlinie ist – auch mit Kompromissen – das, was sie immer war: „ein Freibrief für Sozialabbau, Lohndumping und ungethemmte Profite der Großkonzerne“, schrieb

Sarah Wagenknecht in der „jungen Welt“. Die Macher der Richtlinie handeln vor allem im Interesse der großen Konzerne und der Industrie. So ist es nicht verwunderlich, dass der ursprüngliche Entwurf vom Europäischen Industrieverband befürwortet wurde, Hand-

werksverbände hierzulande ihn aber ablehnten. Die Gewerkschaften forderten hauptsächlich die Streichung des Herkunftslandprinzips. So waren auf der Demonstration am 11. Februar in Berlin Transparente mit dem Slogan „Europa Ja, Sozialdumping Nein“ zu sehen. Keine grundsätzliche Kritik an der neoliberalen Ausrichtung der EU-Politik.

Genau das ist Kritikpunkt der Linken. Ein Europa im Interesse der Konzerne, im Interesse des Kapitals lehnen wir ab. Wir wollen ein Europa der sozialen Gerechtigkeit. Dabei dürfen wir nicht den Ursprung des Übels vergessen – das kapitalistische System. [‘solid] forderte denn auch auf der Demo eine sozialistische Alternative zum bestehenden global agierenden Kapitalismus. Schon Marx stellte fest, dass das Kapital keine Grenzen kennt. Die Richtlinie will genau diese rechtlichen Grenzen abschaffen und die Profitgier der Konzerne bedienen. Deshalb trotz Kompromiss: Weg mit dem neoliberalen Monster, weg mit der Bolkestein-Direktive! [‘solid] Lbg-gb



„Weg mit dem neoliberalen Monster!“. Die Linke und [‘solid] mit Zehntausenden anderen auf der Demonstration am 11. Februar.

## Nicht schlecht, aber ...

Auf Seite 4 Ihrer Ausgabe 1 berichten Sie von einem Bürgerbündnis, das Anfang Januar am Bahnhof Lichtenberg Nazi-Parolen beseitigt hat. Schöne Sache, bisher leider auch einmalig und insofern eher Quote? Neuerdings wird offenbar auf die umliegenden Bahnhöfe ausgewichen: Seit etwa drei Wochen prangt am U-Bahnhof Friedrichsfelde ein großes rotes „Fuck Antifa“ über dem Eingang.

Nun gibt es eine Lichtenberger Kampagne gegen solche Schmierereien. Ist ja nicht schlecht, wenn die Bürger selbst so engagiert und mutig sind. Trotzdem kann man erwarten, dass auch die BVG ohne Verzug ihrer Verantwortung auf ihrem Gelände nachkommt.

*Mathias Bartelt, per E-Mail*

## Paranoia in Bayern

In Bayern werden extremistisch-terroristische Gruppierungen wie El Qaida und die Scientology-Sekte vom Verfassungsschutz beobachtet – ebenso die Linkspartei.PDS und die WASG. Nun sollen Ausländer, wenn sie einen Einbürgerungsantrag stellen, angeben, ob sie sich als Sympathisant einer extremen Partei fühlen. Innenminister Beckstein kündigt ein Konzept zur Regelanfrage bei den

Verfassungsschutzbehörden an. Damit stellt er sich außerhalb des Grundgesetzes: Dessen Artikel 4 Absatz 1 gewährleistet u. a. die Freiheit des Gewissens und die Unverletzlichkeit des weltanschaulichen Bekenntnisses.

Nichts gegen die Absicht, Ausländer, die deutsche Staatsbürger werden wollen, wie Bundesbürger zu behandeln. Fatal ist jedoch, Menschen gesetzwidrig einer Gewissensprüfung hinsichtlich Parteien zu unterziehen, die erklärtermaßen verfassungskonform sind.

*Ralf Otto Lang, WASG Berlin-Lichtenberg*

## Abschiebehaft abgeschafft ...

Leider noch nicht. Noch immer werden Menschen, nur weil ihnen ein Papierchen der deutschen Ausländerbehörde fehlt, per Haftbefehl gesucht und wie Verbrecher eingesperrt. Dies blieb den Geschwistern Syla aus Hohenschönhausen (→ *info links 1/06*) glücklicherweise erspart. Karin Hopfmann, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linken.PDS im Abgeordnetenhaus, brachte die Räder ins Rollen, und viele Lichtenberger legten sich mächtig ins Zeug, um ein Auseinanderreißen der Familie durch die Abschiebung zu verhindern und den jungen Leuten eine Perspektive

hier zu ermöglichen, wo sie auch den größten Teil ihrer Jugend verbracht haben.

Das Problem ist kein Einzelfall. Auch in Lichtenberger Schulen zittern alle zwei, drei Monate junge Menschen, die seit Jahren hier leben und lernen, ob ihnen die Ausländerbehörde die Duldung verlängert – oder ob plötzlich ein Stuhl leer bleibt im Klassenzimmer und sie in eine fremde „Heimat“ abgeschoben werden. Diese unmenschliche ständige Unsicherheit und Angst zu beenden ist Ziel eines Antrags der Linksfraktion im Bundestag. Für ein solches Bleiberecht statt gesetzlich erlaubter Behördenwillkür auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen macht sich u. a. die Kampagne „Hier geblieben!“ stark, die auch Sie unterstützen können. [‘solid] lbg-gw

● **Mehr Infos** bei [‘solid] Lichtenberg oder unter: [www.hier.geblieben.net](http://www.hier.geblieben.net)

## Hilfe zum Schulanfang

Die Volkssolidarität sammelt vom 1. bis 31. März Spenden. In diesem Jahr wollen wir besonders sozial bedürftigen Schulanfängern helfen und ihnen für den Schulstart eine Erstausrüstung bereitstellen. Die Volkssolidarität bittet alle Berlinerinnen und Berliner, sich mit Spenden tatkräftig an dieser Aktion zu beteiligen. *Volkssolidarität Berlin*



## Endspurt Bürgerhaushalt

Von Hendrikje Klein, haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion Linke.PDS in der BVV Lichtenberg

Der Bürgerhaushalt Lichtenberg hat viele Menschen mobilisiert: 10 000 Fragebögen wurden in einer ersten Aktion im Juli 2005 an Lichtenberger Bürger versandt, weitere 5 000 Einwohner erhielten den Abstimmungsbogen für die Schlussabstimmung nach Hause. 25 000 Bürgern schrieb Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich eine persönliche Einladung zur Auftaktveranstaltung. 8 000 Informationsbroschüren über den Bürgerhaushalt und 3 000 Flyer wurden gedruckt, 500 Plakate im Bezirk aufgehängt und 16 000 Miniposter in den Häusern der Wohnungsgesellschaften verteilt.

Der Erfolg: 1 420 Bürger füllten den ersten Fragebogen aus, 763 den zweiten, etwa 300 kamen zur Auftaktveranstaltung im September, 600 zu den Stadtteilversammlungen im Oktober und November und 300 zur Abschlussveranstaltung im Januar. Auf 2 000



Hendrikje Klein auf dem Abschlussplenum für den Bürgerhaushalt am 21. Januar 2006

Produktblöcken schrieben sie dort ihre Vorschläge und klebten 1 602 rote Punkte auf die Produktblätter. 9 730 Online-Teilnehmer diskutierten im Internet miteinander, und 485 von ihnen stimmten über die Vorschläge ab.

42 Vorschläge wurden schließlich abgestimmt. Hier die ersten fünf Plätze:

1. Ausstattung der Jugendfreizeiteinrichtungen
2. Radwegeplan
3. Erhalt der kommunalen Seniorenbegegnungsstätten
4. Bestandssicherung und Weiterentwicklung von Personal und Angebot der Musikschulen Lichtenberg
5. Erhalt, Neu- und Umgestaltung von öffentlichen Sportstätten

Wie wird Bürgerwille zur Wirklichkeit? Ziel ist, den Haushaltsplan 2007 durch die BVV bis zur Sommerpause zu verabschieden. In ihm sind jene 30 Millionen Euro steuerbare Produkte umzuverteilen, so dass möglichst viele Bürgervorschläge umgesetzt werden können. Dazu müssen alle 13 Ausschüsse in den nächsten Wochen die bisher geplante Haushaltsmittelverteilung überprüfen, damit für die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt Platz geschaffen wird.

Sie als Bürgerinnen und Bürger sind alle herzlich eingeladen, Ihre Vorschläge in den Ausschüssen zu vertreten und zu diskutieren. Die Termine für die Ausschüsse finden sie im Internet, im Rathaus gleich neben der Information, oder Sie fragen uns!

## Verkehr in Karlshorst

Am 8. Februar fand im Kulturhaus Karlshorst ein vom Bürgerverein organisiertes Forum statt. Bezirksstadträtin Katrin Lompscher und ein Vertreter der Bahn erläuterten das Vorhaben „Brückenerweiterung am Bahnhof Karlshorst“, das Teil des Bahnstreckenausbaus von Berlin nach Frankfurt/Oder ist. Start ist 2007, die Bauzeit soll sich auf zwei Jahre beschränken. Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren liegen noch bis zum 8. März im Stadtplanungsamt zur öffentlichen Einsichtnahme aus. Hinweise von Bürgern werden bis zum 22. März im Amt entgegengenommen.

Besonderes Interesse bestand für das behindertengerechte Umsteigen zur Straßenbahn und für die Minimierung der Verkehrseinschränkungen während der Bauphase. Umwege bei wenigen erforderlichen Totalsperrungen für Autofahrer sollen lediglich an den Wochenenden vorkommen. Dazu wird es gesonderte Informationen geben. Offen sind auch Regelungen für den LKW-Verkehr.

Von den Anwohnern wurde ein zusätzlicher Ein- und Ausgang am östlichen Bahnsteigende zur Verbesserung der Wegebeziehungen für die Karlshorster gefordert. Hier scheint

eine Nacharbeit der Planunterlagen erforderlich zu sein. Positiv aufgenommen wurde der Hinweis, dass mit der Verlagerung des Regionalverkehrs in den nächsten 10 Jahren nicht zu rechnen sei, da der Ausbau des Bahnhofs in Köpenick Zeit benötige.

Ein weiteres Thema war der Bau der Blockdammwegbrücke und seine Auswirkungen. Die Unterlagen der Vorplanung mit dem vorgesehenen Straßenzug Hönower Straße/Sangeallee werden gemeinsam mit denen der Brückenerweiterung ausgelegt und können so nochmals eingesehen werden. Sorge bereitet den Anwohnern, dass sich schon jetzt eine erhöhte Verkehrsbelastung für die Cäsarstraße/Römerweg abzeichnet. Deren Belastung wird ohne entsprechende Gegenmaßnahmen durch den hier möglichen Linksabbiegeverkehr auf die Treskallee weiter zunehmen.

Fragen gab es zum Radweg in der Robert-Siewert-Straße, zu defekten Straßenentwässerungen und zur Realisierungsmöglichkeit für die Tangentialverbindung Ost auf Marzahner Gebiet.

Gewünscht wurde eine wirksame Sperrung des Traberweges für Motorräder und PKW, eine Tempobeschränkung in der Ehrlichstraße sowie eine Luftgütemessstation in der Tres-

kowallee. Die Fülle der Themen zeigt, dass sich auch der Ausschuss für Bauen und Verkehr weiter mit Karlshorst beschäftigen muss. Wir hoffen da auch auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein.

Marion Platta (Die Linke.PDS), Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung

## Antifaschistische Konferenz

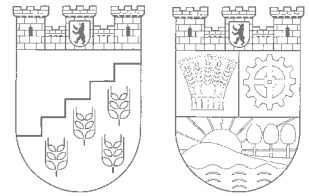
Veranstaltet von Gruppen der Berliner Friedenskoordination zu diesen Themen:

- Beim Kapitalismus nichts Neues? – Ökonomie und Politik nach der dritten industriellen Revolution der Produktivkräfte
- 1/3-Gesellschaft – Abbau demokratischer Rechte und Neofaschismus
- Festung Europa und der deutsche Rassismus

Sonnabend, 4. März 2006, ab 10 Uhr, DGB-Haus, Kleiststraße 1–3

● Weitere Informationen unter: [www.friko-berlin.de](http://www.friko-berlin.de), V.i.S.d.P. Laura v. Wimmersperg, Tel.: 782 33 82





## Auf ein Wort, Herr Dr. Ihme

Dr. Bernd Ihme ist Fraktionsvorsitzender der Linkspartei.PDS in der BVV Lichtenberg

● **info links:** Zum Beitrag von Michael Stadler in „info links“ 1/2006 fragen Leser: „Warum strebt Die Linke.PDS erneut die absolute Mehrheit an Sitzen in der BVV an. Will sie etwa eine ‚Abstimmtdiktatur‘ zementieren?“

● **Dr. Ihme:** „Abstimmtdiktatur zementieren“ – das klingt, als gäbe es so etwas bereits. Das ist Unsinn. Die Mehrheit bekommt niemand geschenkt, um sie muss man kämpfen! Ohne die Mehrheit der Linkspartei-Fraktion wären wichtige Angelegenheiten im Bezirk, wie Erhalt kommunaler Kitas, Sicherung der Trabrennbahn und ein Bürgerhaushalt für Lichtenberg nicht zustande gekommen. Uns geht es um konkrete Anliegen der Bürger. Da sollte gemeinsame Suche bzw. Konkurrenz im Ringen um die beste Lösung überwiegen.

„Bundestag spielen“, indem man dagegen stimmt oder sich verweigert, nur weil man der Mehrheitsfraktion die kalte Schulter zeigen will, schadet immer dem Anliegen.

● **info links:** Kritiker behaupten, eine absolute Mehrheit schade der Vielfalt und Lebendigkeit des politischen Lebens und bremse Initiative aus. Wie war, wie ist das im Bezirk?

● **Dr. Ihme:** In Lichtenberg werden weder Vorschläge missachtet noch Initiativen ausgebremst. So wurden die Gremien für den Bürgerhaushalt nicht nach Stärke der Parteien in der BVV zusammengesetzt, sondern hier sind alle Parteien gleichberechtigt vertreten. Gegenvorschläge der anderen Parteien sind ausdrücklich erwünscht.

Mancher Provokation mussten wir uns jedoch mit unserer Mehrheit erwehren. Ein Beispiel: Der Bitte an alle Fraktionen, Vorschläge für einen Vertreter im Aufsichtsrat für den kommunalen Kita-Eigenbetrieb zu unterbreiten, folgte die SPD-Fraktion nicht. Die CDU schlug Frau Jantz vor, eine ausgewiesene Gegnerin kommunaler Kitas und Befürworterin der Übergabe aller Kitas in freie Trägerschaft. Wir konnten sie natürlich nicht wählen. In den Medien beschuldigten uns CDU und SPD daraufhin des Missbrauchs der Mehrheit. Gleichzeitig weigern sie sich gegenwärtig, einen Kandidaten als Stellvertreter zu benennen. Das ist kein guter demokratischer Stil.

Wir streben wieder eine Mehrheit an, um eine erfolgreiche Kommunalpolitik in Lichtenberg fortzusetzen, und ringen dabei weiterhin um beste Lösungen.

## „Wissen, was läuft!“

Wissen, was in unserem Bezirk und im Land Berlin läuft, ist immer gut. Die Linkspartei in Berlin und in Lichtenberg steht in Regierungsverantwortung, deshalb wollen Bezirksvorstand und Fraktion eine Veranstaltungsreihe anbieten: „Wissen, was läuft“.

Jedes Forum wird einen Schwerpunkt haben. Am 20. März beginnen wir mit dem Thema Bildung: „Skandinavisch lernen – auch in Lichtenberg?“ Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Dr. Stefanie Schulze und Dr. Peter-Rudolf Zotl sowie Bildungsstadtrat Michael Räßler-Wolff werden in das Thema einführen. Im Anschluss gibt es die Möglichkeit, Fragen zur Lichtenberger Bildungspolitik zu stellen, aber auch mit den Entscheidungsträgern zu diskutieren.

Alle, die sich dafür interessieren, was im Land und im Bezirk passiert, sind herzlich eingeladen. Und weil Politik schnelllebig ist, wird es immer im zweiten Teil von „Wissen, was läuft“ die Möglichkeit geben, aktuelle Ereignisse im Bezirk und im Land aufzugreifen. Wir sehen darin eine weitere Möglichkeit, Bürger besser in die Lage zu versetzen, sich sachkundig in das gesellschaftliche Geschehen einzubringen.

Michael Grunst

● **Veranstaltungen:** 20. März, 29. Mai, 19. Juni, 24. Juli, 28. August und am 11. September, jeweils 19–21 Uhr, im Rathaus Lichtenberg, Ratssaal.

## Aus meinem Notizbuch

Von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der Fraktion Die Linke.PDS in der BVV Lichtenberg

● **13. Februar:** Der Bürgerhaushalt 2007 steht und geht seiner Umsetzung entgegen. Neuland für alle. Wir alle sind Lernende und verhalten uns wie Lernende. Da reagiert ein arroganter Bezirksstadtrat in einem Ausschuss, bei ihm gebe es keine Chance für Planveränderungen bei den Finanzen. Die Verwaltung wolle das nicht und außerdem sei das Ganze eine PDS-Schnapsidee. Wir, in unserer Unsicherheit, stürzen fast in Ohnmacht und müssen uns erst gegenseitig unserer Positionen versichern. Ein Lernprozess eben. Doch es bleibt dabei: Der Bürgerwille gilt. Das möge sich jeder merken!

● **15. Februar:** Die Linkspartei.PDS hat einen Neuland erschließenden Antrag gestellt, der es ermöglichen soll, dass zu Sachthemen auch Fachleute in der BVV zu Wort kommen können. Das soll eine Bürgerschaft von drei Verordneten für einen Redner ermöglichen. Man glaubt es nicht, welche Horrorszenarien in den SPD-Reihen ausgedacht werden, um das zu verhindern. Geht dort etwa die Angst um, man könnte durch den verbürgten Redner ins schlechte Licht gesetzt werden? Auf die Idee, dass es sich um eine Erhöhung der Verantwortung der Verordneten handeln könnte, kommt keiner.

+++ kurzmeldung +++ kurzmeldung +++ kurzmeldung +++

### Bildungsstandort Nöldnerplatz

Das Bezirksamt wird am Bildungsstandort Nöldnerplatz weiterhin umfangreich investieren. Das geht aus einer Presseinformation des Fördervereins Immanuel-Kant-Gymnasium in der Lückstraße hervor. Sie bezieht sich auf das „klare Zeichen, welches Baustadträtin Katrin Lompscher auf der Zukunftskonferenz für den Weitlingkiez am 14. Februar gesetzt“ hatte.

Vereinsvorsitzender Peter Hill: „Das ist eine ganz wichtige Nachricht für die Eltern, die jetzt das passende Gymnasium für ihr Kind suchen und dem Nachwuchs einen späteren Schulumzug ersparen wollen.“

Neben dem Kant-Gymnasium befinden sich in der nahen Fischerstraße noch zwei Oberstufenzentren. Neue Möglichkeiten für die Schüler aller drei Bildungseinrichtungen wird auch die in Sanierung befindliche Max-Taut-Aula bieten.

### IKEA ist eingeladen

Das „Bezirksamt wird in seinem Bemühen um die Ansiedlung des Einrichtungshauses unterstützt“. Dies geht aus der Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses hervor, die von der BVV am 15. Februar angenommen worden ist.

### Plakatwettbewerb

„Vielfalt macht die Erde bunt – werben für Integration“. Das Bezirksamt lädt alle Lichtenberger Kinder und Jugendlichen zum Plakatwettbewerb ein. Entwürfe mit einer Beschreibung der ihnen zugrunde liegenden Idee können bis zum 31. März 2006 an das Bezirksamt, Jugendamt Fachbereich 1, 10360 Berlin geschickt oder im Dienstgebäude Frankfurter Allee 187; Haus 14, Raum 108 oder 102 abgegeben werden. Die besten Plakate werden prämiert und in öffentlichen Einrichtungen ausgestellt. J. P.

## Wahlkampf 2006

Von Wolfgang Schmidt, Geschäftsführer der Linkspartei.PDS Lichtenberg

Bezirksvorstand (BV), BVV-Fraktion, Bezirksamtsmitglieder und unsere Mitglieder im Abgeordnetenhaus haben am letzten Januarwochenende die Vorbereitung auf den bevorstehenden Wahlkampf eingeläutet. Gegenstand ihrer zweitägigen Beratung waren die Entwürfe des Wahlprogramms und einer Bilanzbroschüre, der Parteibildungsprozess einer bundesweiten Linken, das Konzept zur Führung des Wahlkampfes und eine erste Verständigung zu Kandidatinnen und Kandidaten.

BV und Fraktion beschlossen ihre Arbeitspläne bis zum Wahltag am 17. September. Inhaltliche Schwerpunkte sind:

- Bürgerkommune,
- Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur,
- Leben und Wohnen im grünen Umfeld,
- Lebensqualität für Jung und Alt,
- Bildung, Kultur und solidarisches Miteinander.

Der Entwurf des Wahlprogramms wird im März den Delegierten zur Hauptversammlung übergeben und voraussichtlich im Mai auf einer Tagung der Hauptversammlung beschlossen. Es wurden Grundlagen der Personalfindung für Kandidatinnen und Kandidaten beschlossen und ein fünfköpfiger Wahlkampfstab gebildet.

Da der Senat für Lichtenberg künftig nur noch sechs Abgeordnetenhaus-Wahlkreise

vorsieht, müssen unsere Wahlkampfstrukturen angepasst werden. Auf der Ebene der neuen Wahlkreise werden Wahlkreisteams gebildet, denen u. a. gegenwärtige bzw. künftige Mitglieder des Abgeordnetenhauses, BV-Mitglieder, Leiterinnen von Wahlkreisaktiven, Bezirksverordnete, Sprecherrats- und BO-Vorsitzende angehören sollen. In allen sechs Wahlkreisen werden noch vor Ferienbeginn Aktivtagungen organisiert. Im März beginnt eine Veranstaltungsreihe „Wissen, was läuft“ im Rathaus.

## Quo vadis WASG?

Da saß der eingeladene Vertreter der WASG, Kollege Gerhard, einen ganzen Tag auf der Klausur der Fraktion, hört sich die Sorgen und Nöte der Politik „ganz unten“ an und hatte am Schluss nichts anderes zu bemerken als: „Ihr macht neoliberale Politik!“

Von einem, der in die Politik will und in Berlin und Lichtenberg etwas zu verändern vorhat, hätte ich mir etwas mehr thematische Substanz erhofft. Wünsche platzen bekanntlich an den schroffen Felsen der Realität. Das haben wir lernen müssen.

Auch in Berlin steht die WASG in der politischen Verantwortung der Wähler. Und die erwarten von den Linken nicht vor allem Fundamentalopposition, die gut klingt, aber nichts bringt, sondern die Ausschöpfung jedes politischen Spielraums, wie klein er auch sei. Über das Wie lasst uns streiten – gemeinsam.

Jürgen Steinbrück



Foto: Martin Walter

Weg vom Gegeneinander und hin zum Miteinander? Sebastian Gerhard von der WASG (4. v. r.) war Gast auf der Klausur von BVV-Fraktion und Vorstand der Linkspartei.PDS

## Veranstaltungen

- **Montag, 6.3., 18 Uhr**  
„Herausforderungen an die Linkspartei als Opposition im Bundestag und in Regierungsverantwortung in Berlin“, Forum mit Klaus Lederer, Gesine Lötzsch, Steffi Schulze; Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Sonnabend, 11.3., 10 Uhr**  
Ehrung der Märzgefallenen 1919; „Blutmauer“, Möllendorffstraße
- **Montag, 13.3., 18 Uhr**  
„Bilanz der Regierungsarbeit der Linkspartei.PDS in Berlin. Aufgaben und Vorhaben für die Wahlen 2006“, mit Steffi Schulze; Sporthalle Anton-Saefkow-Platz
- **Dienstag, 14.3., 18.30 Uhr**  
„100 Tage Merkel-Regierung – Alternativen der Linken“, mit Christine Buchholz; Georg-Forster-Gymnasium, Dolgensee-Straße 60
- **Dienstag, 14.3., 19 Uhr\***  
Tagung des Bezirksvorstands
- **Mittwoch, 15.3., 17 Uhr**  
Tagung der BVV Lichtenberg; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103

Die 3. Tagung der 3. Hauptversammlung des Bezirksverbandes der Linkspartei.PDS Lichtenberg findet am Donnerstag, dem **16. März 2006, 18 – 21 Uhr** (Einlass ab 17 Uhr) im Festsaal der CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84, statt. **Weitere Infos unter:** [www.dielinke.pds-lichtenberg.de](http://www.dielinke.pds-lichtenberg.de)

- **Sonnabend, 18.3., 15 Uhr**  
Demonstration zum 3. Jahrestag des Irakkriegs vom Mehringdamm zum Heinrichplatz, **Infos:** [www.friko-berlin.de](http://www.friko-berlin.de)
- **Sonntag, 19.3., 10 Uhr\***  
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Schuldendumping in der EU?“, mit den Professoren Hans-J. Braun, Eugen Faude und Harry Nick
- **Dienstag, 21.3., 19 Uhr\***  
Beratung mit den Sprecherratsvorsitzenden (Lichtenberg)
- **Mittwoch, 22.3., 18.30 Uhr\*\***  
Beratung mit den Wahlkreisaktiven (Hohenschönhausen)
- **Dienstag, 28.3., 19 Uhr\***  
Tagung des Bezirksvorstands
- **Freitag, 31.3., 15 Uhr**  
Radverkehrskonferenz; Bezirksamt-Lichtenberg, Rathaus Lichtenberg

Veranstaltungsort:

\* Alfred-Kowalke-Straße 14, \*\* Ahrenshooper Straße 5

## Privatisierungswelle?

Der Berliner PDS wird oft vorgeworfen, dass sie sich zur Handlangerin einer „neoliberalen Privatisierungswelle“ gemacht habe. Die Realität sieht anders aus. Von Peter-Rudolf Zotl

### Wenige planmäßige Privatisierungen

- SPD und PDS hatten sich auf den Verkauf von 80 000 städtischen Wohnungen, davon 60 000 über die Privatisierung der GSW, geeinigt. Dieser Beitrag zur finanziellen Entspannung Berlins führt nicht zu Mietenexplosionen, weil wir in Berlin über einen sehr großen Wohnungsleerstand verfügen.
- Verkauft wird auch die Königliche Porzellanmanufaktur, weil hier jährlich ein hoher Millionenverlust ausgeglichen werden muss. Das gilt auch für die Feuersocietät.
- Verkauft wird die Bankgesellschaft, denn die EU hat dem inzwischen sehr erfolgreichen Sanierungskurs nur unter dieser Bedingung zugestimmt. Es wird einen sehr guten Verkaufserlös für das Land geben, der die Sanierungsaufwendungen deutlich übersteigt. Ein Problem hierbei ist, dass die Sparkasse Hauptteil der Bankgesellschaft (und eben seit 1994 nicht mehr eine „tatsächliche“ Sparkasse) ist und damit ebenfalls zum Verkauf stehen muss. Doch in der Ausschreibung hat Rot-Rot festgehalten, dass der Name und die gemeinnützige Funktion erhalten bleiben müssen.

### Rechtsformwechsel statt Privatisierung

In andere öffentliche Rechtsformen übertragen wurden die kommunalen Kitas (jetzt Kita-Eigenbetriebe) sowie der Landesbetrieb für Informationstechnologien (jetzt IT-Dienstleistungszentrum – ITDZ). Das Land ist alleiniger Gesellschafter, aber die Geschäftsführung muss wirtschaftlich effektiv sein. Im Falle des ITDZ wurden bundesweit einmalige Instrumente für Transparenz, gegen willkürliche Töchterbildung und spekulative Beteiligungen aufgenommen. In beiden Fällen gab es durch CDU und FDP starke Gegenforderungen nach Vollprivatisierung.

### Dem Privatisierungsdruck widerstanden

Darüber hinaus stand und steht Rot-Rot unter Dauerdruck, große Unternehmen völlig zu privatisieren, wie es die Große Koalition praktiziert hatte. Diesem Druck – übrigens auch von den Grünen – haben wir uns erfolgreich widersetzt und BVG, BSR, die Krankenhäuser,



Foto: Frauenzentrum Am Mühlengrund

Zum 13. Geburtstag des Frauenzentrums Am Mühlengrund gratulieren Peter-Rudolf Zotl (Wahlkreisabgeordneter, links) und Daniel Tietze (BVV) – beide Die Linke.PDS – der Leiterin Karin Gebhardt. Das Zentrum ist eines der erfolgreichsten Frauenprojekte in Hohenschönhausen.

die Universitätsmedizin, die Opern usw. z. T. in anderen Organisationsformen, aber immer als öffentliche Einrichtungen, nebst einer langfristigen Arbeitsplatzgarantie, erhalten. Das ist vor allem das Verdienst der Senatsmitglieder für Wirtschaft, Gesundheit und Kultur von der Linkspartei.PDS. Jetzt werden nicht mehr Existenz-, sondern Realisierungsprobleme diskutiert, die sich aus der EU-Aufgabe nach Wirtschaftlichkeit ergeben.

### Wohnungsprivatisierungen verhindern

- Seitens der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und für Finanzen (beide SPD) gibt es Bestrebungen, die finanzielle Sanierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften – vor allem der in Mitte – durch Privatisierungen im großen Stil zu erreichen. Das aber erfolgte an den Koalitionsfraktionen vorbei, und hier haben wir unverzüglich ein Stoppzeichen gesetzt. Wir fordern ein schlüssiges Sanierungskonzept anstelle sinnloser Privatisierungen, was sowohl die Zusammenführung in eine städtische Gesellschaft als auch die Veräußerung an Genossenschaften u. a. beinhalten könnte.
- Zudem wollen wir eine nachhaltige Hilfe für die Wohnungsbaugesellschaft Mitte, um den beträchtlichen öffentlichen Wohnungsbestand zum Zwecke sozialer Steuerung zu erhalten. Also auch hier suchen wir nicht die Privatisierung, sondern ernsthafte Alternativen zu dieser.

### Die Lichtenberger Mitglieder des Abgeordnetenhauses

- **Karin Hopfmann:** ☎ 2325 2596 (im Abgeordnetenhaus – AGH); Sprechstunde am 20.3., 16 Uhr, Bürgerinitiative, Neustrelitzer Straße 63
- **Dr. Steffi Schulze:** ☎ 2325 2580 (AGH); Sprechstunden am 13.3., 17 Uhr, Casino, A.-Saefkow-Sport-halle, sowie am 27.3., 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Ingeborg Simon:** ☎ 2325 2587 (AGH) und 784 87 83 (privat); Sprechstunde am 29.3., 17 Uhr, Wahlkreisbüro von Gesine Löttsch, Ahrenshooper Str. 5
- **Giyas Sayan:** ☎ 2325 2597 (AGH); Sprechstunden am 5.4., 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), sowie jeden Montag, 13 Uhr, AGH
- **Dr. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 2325 2553 (AGH) oder 0151-1560 2356 (Mobil)/Wahlkreismitarbeiter Daniel Tietze: E-Mail: kontakt@wahlkreis-zotl.de, ☎ 0172-871 95 75; Sprechstunden am 13.3., 17 Uhr, AGH, sowie am 29.3., 17 Uhr, Anna-Ebermann-Str. 26

Weitere Termine nach Vereinbarung. Gern kommen wir auch in Bürger- und Basisveranstaltungen. **Ladet uns ein!**



## Kürzen sofort, angleichen später

Von Gesine Löttsch, MdB

Am 17. Februar beschloss der Bundestag gegen die Stimmen der Linksfraktion Änderungen der so genannten Hartz-Gesetze. Etliche Abgeordnete der Linksfraktion gaben persönliche Erklärungen zu ihrem Abstimmungsverhalten ab.

Mit dem Gesetz wurde auch eine der Forderungen der Linkspartei realisiert, nämlich die Angleichung des Arbeitslosengeldes II im Osten auf Westniveau. Diese Angleichung soll zwar nicht, wie von uns gefordert, rückwirkend zum 1. Januar 2005, sondern erst zum 1. Juli 2006 erfolgen. Trotzdem ist das für die Betroffenen zweifelsohne eine Verbesserung. Warum also trotzdem ein „Nein“ der Linksfraktion? In einer Nacht- und Nebelaktion hatte die CDU-SPD-Fraktion während der Ausschussberatungen noch weit reichende Verschlechterungen – wie nachstehend angeführt – in das Gesetz hineingedrückt.

### Jobcenter-Mitarbeiter als Psychologen?

In der Öffentlichkeit am intensivsten diskutiert wurden die Einschnitte für unter 25-jährige – und nicht zu vergessen – deren Familien. Ab 17. Februar 2006 werden Jugendliche nur noch nach ausdrücklicher Genehmigung

durch das Jobcenter bei den Eltern ausziehen dürfen. Außerdem erhalten sie nur noch ein gekürztes Arbeitslosengeld II, wodurch sie den Eltern weiter auf der Tasche liegen.

Die Mitarbeiter des Jobcenters sollen jetzt eine Aufgabe übernehmen, die eigentlich in der Kompetenz von ausgebildeten Psychologen oder Sozialpädagogen liegt. Sie sollen nämlich feststellen, ob die Familienverhältnisse so kompliziert sind, dass das eigenständige Wohnen eines jungen Menschen erforderlich ist.

### Weg in die Altersarmut

Der größte finanzielle Brocken bei den Kürzungen ist leider in der Öffentlichkeit so gut wie unbeachtet geblieben. Bisher wurden für einen Arbeitslosengeld-II-Empfänger monatlich 78 Euro an die Rentenversicherung abgeführt – ab 1. Juli 2007 sind das nur noch 40 Euro.

Vizekanzler Müntefering erhofft sich davon jährlich knapp 2 Milliarden Euro Minder Ausgaben des Bundes. Dieses Geld wird den künftigen Rentnerinnen und Rentnern bitter zum Lebensunterhalt fehlen.

### Unterschiedliche Geschwindigkeiten

Unsere Fraktion fordert nach wie vor die rückwirkende Angleichung des Arbeitslosengeldes, zumal die Bundesregierung in ihrer eigenen Gesetzesvorlage geschrieben hatte, dass die unterschiedliche Höhe aus „Gründen der Rechtseinheitlichkeit“ nicht zu rechtfertigen

### Ich bin zu erreichen:

- Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar: ☎ 2277 1787 (Bundestagsbüro) oder 9927 0725 (Wahlkreisbüro) Sprechstunden am 13.3., 18 Uhr, Wahlkreisbüro Ahrenshooper Straße 5

Sehr gern diskutiere ich in Einwohner- und Basisberatungen über aktuelle politische Fragen, über meine Arbeit, über Lichtenberg sowie über unsere Parteientwicklung. **Ladet mich ein!**

sei. Eine rückwirkende Auszahlung sei wegen Softwareproblemen allerdings nicht möglich. Wir haben eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung gerichtet und um Erläuterung dieser Probleme gebeten.

Der Termin für die Antwort war eigentlich der 14. Februar, jetzt ist die Antwort zum 28. Februar angekündigt worden. Ich frage mich, wie kann einerseits unter Verweis auf Computerprobleme ein Gesetz beschlossen werden, andererseits aber können diese Probleme nicht erläutert werden? Wird für die Kürzung bei den Jugendlichen und ihren Familien etwa mit Karteikarten gearbeitet?

### Erst regieren, dann kassieren

Indessen belastet Ex-Minister Clement die ALG-II-Kassen nicht. Er erfreut sich neben seiner üppigen Pension eines hoch bezahlten Aufsichtsratspostens bei RWE, wie auch andere der politischen Hartz-Erfinder in warmen Vorstands- und Beratersesseln der Wirtschaft Platz genommen haben. Ich glaube nicht, dass man dort solche Leute, deren politische Bilanz mehr als mager ist, wirklich zur Lösung der eigenen Probleme braucht. Nein, der Verdacht kommt auf, dass die Posten als Dankeschön für frühere Entscheidungen vergeben wurden. Für die Hartz-Opfer allerdings besteht keine Chance, auf diese Weise ihr Arbeitsplatzproblem zu lösen.

### Frauentag im Bundestag

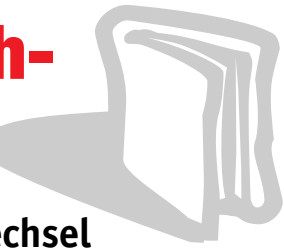
Wie auch im vergangenen Jahr habe ich anlässlich des Internationalen Frauentages wieder 50 Frauen eingeladen. Ich bitte um Verständnis, dass ich wegen des riesigen Andranges für einen Teil der Frauen nur ein „abgespecktes“ Programm anbieten kann.

Die Regierung hat den Haushaltsentwurf vorgelegt. Gesine Löttsch, Kai Fürntratt und Reiner Kotschi (v. l. n. r.) bereiten sich auf die Haushaltsberatungen vor.





## Buch-Tipp



### Briefwechsel der Dunckers

Käte und Hermann Duncker – beide enge Mitstreiter Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts – haben der Nachwelt einen regen und anregenden Briefwechsel hinterlassen. Aus ihrer Korrespondenz in den Jahren des ersten Weltkrieges hat der Historiker Heinz Deutschland eine sorgfältig zusammengestellte und erläuterte Auswahl veröffentlicht.

Die Dunckers führen uns nicht nur vor Augen, wie grausam der Krieg sowohl an der Front als auch in der Heimat auf den Menschen lastete. Sie tauschen auch ihre Gedanken über Ursachen dieses Völkermordens und Wege zum Frieden aus wie auch über die sich formierende Antikriegsbewegung und die Herausbildung des Spartakusbundes. So ist ihr Briefwechsel ein Zeugnis humanistischer Verantwortung, fernab von allen Klischees, die über Kommunisten im Umlauf sind.

Ein lesens- und bedenkenswertes Buch für alle und als Pflichtlektüre denen angeraten, die in den so genannten Wendejahren nichts Eiligeres zu tun hatten, als den Namen Duncker aus unserem Stadtbild zu tilgen.

Günter Benser

- **„Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten. Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915–1917“**, hrsg. v. Heinz Deutschland, Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH, Bonn 2005, 210 Seiten, 19,90 €, ISBN 3-89144-364-1

## Die „Montagsmaler“



Foto: Sascha Eichbaum

Stauende Blicke von den ersten Besuchern der „Montagsmaler“

Die „Montagsmaler“ des Undine e. V. sind mit ihren Arbeiten im Bundestagsbüro von Gesine Löttsch in der Ahrenshooper Straße 5 zu Gast. Am 24. Februar wurde unter dem Titel „Im Schaffensrausch“ eine kleine, feine Ausstellung eröffnet. Bilder – nachdenklich bis heiter, vom „Knusperhäuschen im Plattenbau“, über Skizzen und Landschaften laden zum Anschauen ein. Acht Frauen und zwei Männer sind die Künstler. Seit fünf Jahren treffen sich interessierte Vorruheständler, Rentner, Arbeitslose aus dem Kiez unter dem Dach des „Wohnprojektes Undine“. Jeden Montag erfahren sie von der Grafikerin Heidrun Dauert fachliche Betreuung und Ermunterung. Machen Sie sich selbst ein Bild von den „Montagsmalern“.

Inge Uesseler

## Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 5. März, 19 Uhr**  
Theaterpremiere: „Herr der Fliegen“, von Nigel Williams, Koproduktion mit der Universität der Künste Berlin; Theater an der Parkaue
- **Dienstag, 7. März, 18 Uhr**  
Ausstellungseröffnung: „Russland und Deutschland: Kapitel aus der diplomatischen Geschichte 1955–2005“, Fotos der Presseagentur Nowosti; Deutsch-russisches Museum Berlin-Karlshorst, Zwieseler Straße 4
- **Mittwoch, 8. März, 19.30 Uhr**  
„Wartenberger Konzerte“, Bekannte Werke von Antonin Dvorák; Kirche zu Wartenberg, Nähe S-Bhf. Hohenschönhausen
- **Sonntag, 12. März, 17 Uhr**  
„Rosen für die Frauen“. Zum Internationalen Frauentag: Ein Kessel Buntes; Theater Karlshorst, Treskowallee 111
- **Dienstag, 14. März, 18 Uhr**  
Ahrenshooper Gespräche: „Soziale Bewegungen in Mexiko und Südamerika“, Gast von Gesine Löttsch ist Günter Buhlke, DDR-Handelsattaché in Mexiko 1969–74; Wahlkreisbüro Ahrenshooper Straße
- **Dienstag, 15. März, 15 Uhr**  
„Filmplaudereien“ mit Peter Bosse; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10, S-Bahnhof Wartenberg
- **Donnerstag, 16. März, 14 Uhr**  
Schriftstellerlesung mit Elfriede Brüning; KULTSchule, Sewanstraße 43

### Linker Marsch

„Linker Marsch – Ernst Busch – kritische Situationen – wichtige Entscheidungen“, Gemeinsame Veranstaltung des Freundeskreises Ernst Busch und des Ernst-Busch-Chores Berlin

- **Sonabend, 18. März, 15 Uhr**, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112

- **Mittwoch, 22. März, 15 Uhr**  
Seniorenkino im CINEMAXX: „Die Reise des jungen Che“; Wartenberger Straße 174, Nähe S-Bhf. Hohenschönhausen
- **Freitag, 31. März, 20 Uhr**  
„Das Leben ist gar nicht so, es ist ganz anders“, ein Kurt-Tucholsky-Programm; Zimmertheater Karlshorst

**Achtung:** Alle Veranstaltungen der Linkspartei.PDS finden Sie auf Seite 5.

## info links

### Herausgeber:

Die Linkspartei.PDS – Bezirksverband Lichtenberg, Redaktionskollektiv, V i.S.d.P. Manfred Niklas

### Adresse der Redaktion:

Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@pds-berlin.de

Web: www.dielinke.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 25.2.2006

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 3/2006:

7.3. und 22.3.2006, jeweils 16 Uhr

Redaktionsschluss für Ausgabe 3/06: 17.3.2006

Die nächste Ausgabe erscheint am 6.4.2006.

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.